

mulierung im Fahneid zwei Textvarianten mit auf den Weg geben und Sie bitten, das mit zu beachten, weil das möglicherweise in der 2. Lesung eine Rolle spielen könnte. Das bezieht sich beide Male auf den ersten Abschnitt: Ich schwöre. - Die Fassung, die Ihnen vorliegt, möchte ich Ihnen nicht vorlesen. Und jetzt gibt es zwei Varianten: Die eine könnte lauten: Ich schwöre - und das wäre jetzt entsprechend dem Eid der Regierung -, getreu dem Recht und den Gesetzen der DDR, meine militärischen Pflichten stets ... - Das wäre eine mögliche Textvariante. Und die zweite, vielleicht eine Kleinigkeit, aber für Stilisten unter uns auch ganz wichtig: statt des Wortes „ehrenvoll“ „ehrenhaft“ zu sagen. Ich danke Ihnen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Wie bereits bei der Einbringung angedeutet, wollen wir dieses Gesetz jetzt in 1. Lesung behandeln. Da aber ein Entscheidungsbedarf besteht, wird im Laufe dieser Tagung noch die 2. Lesung stattfinden. In der 1. Lesung steht das Gesetz zur Aussprache. Änderungen können erst in der 2. Lesung - natürlich auch vom Einbringer - eingebracht werden. Die Diskussion ist zunächst eröffnet. Vielen Dank, Herr Minister. Sie dürfen sich setzen.

(Heiterkeit)

Es gibt hier vier Wortmeldungen, die bisher eingereicht worden sind. Wir haben uns im Präsidium darauf geeinigt, daß 3 Minuten Redezeit pro Fraktion - wenn gewünscht - für diese 1. Lesung zur Verfügung stehen. Zunächst von der Fraktion CDU/DA Dr. Bertram Wiczorek.

(Zwischenbemerkung: Nur zur 2. Lesung.)

Er möchte nur zur 2. Lesung sprechen.

Von der PDS spricht der Abgeordnete Hotz.

Hotz (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten uns ja vor wenigen Tagen in einer ähnlichen Debatte mit einer Eidesformel befaßt, und nun betrachte ich diesen Antrag als zweiten Versuch zu ähnlichem Inhalt. So sei mir die Feststellung gestattet, daß dieser sicher wesentlich besser gelungen ist. Ich wünsche mir, daß sich diese Tendenz auch auf andere Anträge und Debatten in diesem Hause übertragen ließe.

Wir können diesem Antrag im Inhalt des Fahneides ebenso wie in seiner Begründung zustimmen. Und möglicherweise läßt sich in 2. Lesung über die differenzierten Vorschläge des Herrn Minister Eppelmann noch entscheiden.

Wenn Sie mir bitte zwei Bemerkungen gestatten. 1. Meine Fraktion hat natürlich gegenwärtig weniger Interesse an Änderungen des Wehrdienstes als vielmehr der Wehrpflicht, und hier nicht nur der Änderung, sondern der Abschaffung. Ihre Argumente, Herr Minister Eppelmann, scheinen mir und auch anderen in diesem Hause in dieser Sache ein wenig zu schwach und irgendwie auch ein wenig zu alt,

(Unruhe im Saal)

bis auf eines, und da möchte ich wirklich herzlich dankbar sein, weil man darüber nachdenken muß, weil nämlich eine Armee nach Ihren Worten die Wehrpflicht brauche gegen Verselbständigung, um Volksarmee zu sein.

Eine zweite Bemerkung: Die Soldaten leisten ihren Eid auf die Verfassung der DDR. Frau Kögler, sie ist nicht da, aber sie sollte zugegen sein, wenn Soldaten diesen Eid schwören auf eine Verfassung, die für sie außer Kraft gesetzt ist. Ich meine damit eigentlich nicht mehr, aber auch nicht weniger, daß wir uns bemühen müssen, alle Äußerungen in diesem Haus für Menschen unseres Landes so zu treffen, daß wir hinterher noch zu ihnen stehen können. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächstes spricht von der Fraktion der DSU der Abgeordnete Klein.

Klein (DSU):

Herr Vizepräsident! Werte Damen und Herren! Auch die Fraktion der DSU hält die Veränderung der Eidesformel für erforderlich. Wenn allerdings vom Verfassungsauftrag die Rede ist, muß zuvor geklärt werden, auf welche Verfassung sich dieser Auftrag bezieht. Das heißt, in Kraft treten kann eine Neuregelung erst nach Beendigung der innerparlamentarischen Verfassungsdebatte, der laut Tagesordnungspunkt heute ein weiteres Kapitel hinzugefügt werden soll.

Völlig untragbar ist es allerdings, daß Wehrpflichtige, die ab Mai 1990 auf eine neue Formel vereidigt werden und damit ihren Dienst beginnen, von Offizieren befehligt werden, die nach dem alten Eid verpflichtet sind. Wir sehen darum die Notwendigkeit, alle Verantwortungsträger der Armee von ihrem Eid zu entbinden und neu zu vereidigen. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächstes spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne die Abgeordnete Wollenberger.

Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Grüne stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierung innerhalb der letzten 14 Tage einen tiefgreifenden Gesinnungswandel auf dem Gebiet der Eidesformeln durchgemacht hat und nunmehr die Treue zur Verfassung der DDR nachdrücklich in den Mittelpunkt stellt.

(Vereinzel Beifall)

Wir würden das noch viel mehr begrüßt haben, wenn es nicht ausgerechnet die alte stalinistische Verfassung wäre, auf die unsere Soldaten jetzt vereidigt werden sollen. Wir meinen, das, was für den Ministerpräsidenten dieses Landes unzumutbar gewesen ist, auch für jeden Soldaten unseres Landes unzumutbar sein muß. Ich verstehe nun auch nicht richtig die Argumente meines Vorredners von der DSU, der gesagt hat, erst nach Abschluß der Verfassungsdebatte könnte man darüber entscheiden, auf welche Verfassung die Wehrpflichtigen vereidigt werden sollen, denn in dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches steht, daß niemand gegen seinen Willen zum Wehrdienst gezwungen werden darf. Unsere Fraktion unterstützt natürlich nachdrücklich diese Verfassung und diese Formel. Wir halten deshalb die beantragte Änderung des Wehrdienstgesetzes auch nicht für erforderlich, weil wir grundsätzlich gegen Fahneide sind.

Wir meinen, wenn die Regierung es wirklich ernst meint mit ihrer Vorreiterrolle, die sie im Abrüstungsprozeß übernehmen will, und wenn die Einigung Deutschlands ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und zum Aufbau eines qualitativ neuen europäischen Sicherheitssystems sein soll, dann ist die Abschaffung der Wehrpflicht wirklich das Gebot der Stunde.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wir haben, Herr Minister Eppelmann, die Abschaffung der Wehrpflicht übrigens nicht erst seit gestern gefordert. Es sitzen eine ganze Reihe von Menschen in den Bänken des Hohen Hauses und nicht nur auf den Bänken der Fraktion Bündnis 90/Grüne, die ihr öffentliches politisches Engagement mit dem Kampf für Entmilitarisierung begonnen haben. Die Forderung nach Abschaffung des Wehrdienstes und die Würdigung der Wehrdiensttotalverweigerung ist eines der Zeugnisse der Friedensbe-